

Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06.11.2017

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 23. Sitzung

der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom Montag, 6. November 2017

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:53 Uhr
Ort: Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesenheit

Herr Ibrahim Al Najjar
Frau Ulrike Berger
Herr Dr. Ullrich Bittner
Herr Ulf Burmeister
Frau Rita Duschek
Herr Rudi Duschek
Frau Yvonne Görs
Herr Professor Dr. Frank Hardtke
Frau Marion Heinrich
Herr Axel Hochschild
Herr Heiko Jaap
Herr Wolfgang Jochens
Herr Dr. Andreas Kerath
Herr Jörg König
Herr Alexander Krüger
Herr Christian Kruse
Herr Thomas Lange
Herr Jürgen Liedtke
Herr Egbert Liskow
Frau Karola Lüptow
Herr Peter Madjarov
Herr Dr. Thomas Meyer
Herr Peter Multhauf
Herr Thomas Mundt
Herr Christoph Oberst
Herr Dr. Sascha Ott
Herr Milos Rodatos
Herr Dr. Ulrich Rose
Frau Dr. Mignon Schwenke
Frau Birgit Socher
Herr Ludwig Spring
Herr Dr. Rainer Steffens
Herr Professor Dr. Thomas Treig
Herr Erik von Malottki
Frau Brigitte Witt
Frau Dr. Monique Wölk
Frau Katja Wolter
Herr Ingo Ziola

Entschuldigt

Herr André Bleckmann
Herr Frank Embach
Herr Lutz Jesse
Herr Dr. Jörn Kasbohm
Herr Nikolaus Kramer

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 05.10.2017
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
6. Beratung der Beschlussvorlagen
 - 6.1. Besetzungen
 - 6.1.1. Besetzung AG Kleingärten
 - 6.1.2. Umbesetzung Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kultur
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4
 - 6.1.3. Umbesetzungen
Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP
 - 6.2. Kein Ausweis von befristet niedergeschlagenen Forderungen unter 250,00 Euro im Rechnungswesen 2012 – Ausräumen B 56 Prüfbericht Jahresabschluss 2012
Dez. I, Amt 20
 - 6.3. Festlegung von Wesentlichkeitsgrenzen für die Erstellung der Jahresabschlüsse der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gemäß §§ 44 Abs. 3, 45 Abs. 3, 46 Abs. 2 und Abs. 3, § 47 Abs. 2 und 48 Abs. 2 Nr. 16 der GemHVO-Doppik und § 12 Abs. 1 KomDoppikEG M-V
Dez. I, Amt 20
 - 6.4. Umsetzungsbeschluss zur Errichtung einer neuen Grundschule mit Orientierungsstufe einschließlich Hort und Sporthalle am Standort Verlängerte Scharnhorststraße (B-Plan-Gebiet Nr. 114)
Dez. I, Amt 41
 - 6.5. Neufassung der Benutzungs- und Gebührenordnung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Durchführung von Märkten und Veranstaltungen auf kommunalen Flächen
Dez. II, Amt 32
 - 6.6. Konzept - Masterplan 100% Klimaschutz
Dez. II, Amt 60
 - 6.7. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Schönwalde II für das Programmgebiet „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“
Dez. II, Amt 60
 - 6.8. Erstellung einer Bestandsanalyse und eines Konzeptes für Straßenlaternen
CDU-Fraktion
 - 6.9. Strandbad Eldena
SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4
 - 6.10. Fortschreibung Sozialanalyse 2016
Fraktion DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4

- 6.11. Zuschuss für Kleingartenverband
SPD-Fraktion, CDU-Fraktion
- 7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
- 9. Mitteilungen der Präsidentin
- 10. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . eröffnet die Sitzung.
- . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
- . sagt, dass vor kurzem Herr Joachim Wächter, ein ehemaliges Mitglied der Bürgerschaft (von 1990 bis 1994), verstorben sei. Herr Mundt habe im Namen der Bürgerschaft einen Kranz niedergelegt.
- . bittet die Bürgerschaft sich zu einer Schweigeminute zu erheben und Herrn Wächter zu gedenken.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . teilt mit, dass es eine nachträgliche Vorlage „Besetzung OTV Innenstadt“ gebe. Konsens im erweiterten Präsidium sei gewesen, dass die Vorlagen mit Besetzungen ohne weitere Begründung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Daher werde diese Vorlage unter TOP 6.1.4 eingeordnet.
- . informiert weiterhin:
 - zu TOP 6.1.1 gebe es eine geänderte Vorlage.
 - zu TOP 6.7 gebe es eine neue Anlage 1.

Herr Hochschild

- . zieht den TOP 6.8 „Erstellung einer Bestandsanalyse und eines Konzeptes für Straßenlaternen“ zurück.

Frau Socher lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 05.10.2017

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. Kerath

- . sagt, dass Herr König in der letzten Sitzung der Bürgerschaft nach dem Straßenzustandsbericht gefragt hätte. Es sei ihm zugesagt worden, dass dieser als Anlage zum Protokoll beigefügt werde. Die Anlage sei nicht mit dem Protokoll, sondern auf Nachfrage erst etwas später den Mitgliedern der Bürgerschaft

zugegangen. Sinngemäß sei mitgeteilt worden, dass ein aktueller Straßenzustandsbericht nicht vorliege und daher vorerst der von 2015 genutzt werden solle.

2018 werde mit der Erarbeitung eines neuen Berichtes begonnen.

Der Straßenzustandsbericht sei Teil der Haushaltssatzung. Unter anderem sei darin die Erstellung eines jährlichen Straßenzustandsberichtes der Greifswalder Straßen-, Fuß- und Radwege festgelegt worden.

. bittet darum, sich an die Haushaltssatzung zu halten und dementsprechend auch den Bericht für 2017 möglichst in der Novembersitzung – spätestens in der Januarsitzung – an die Mitglieder der Bürgerschaft weiterzugeben.

Frau von Busse

. erklärt, dass dies nicht zugesichert werden könne. Die personelle Situation sei sehr angespannt. Über längere Zeit seien mehrere Stellen unbesetzt gewesen, die derzeit auch nur teilweise wieder besetzt worden seien.

Frau Socher lässt über die Niederschrift abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	2

Herr Bürgermeister ist während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Daemen

. hat drei Anliegen:

Radwege

Frau Daemen wünscht sich für Greifswald eine Förderung des Radverkehrs und schlägt diesbezüglich vor, keinen Kraftfahrzeugverkehr in ausgewiesenen Fahrradstraßen zuzulassen und eine beidseitige Freigabe der Fahrradwege in der Wolgaster Straße bzw. möglicherweise auch in anderen Straßen zu erteilen.

Teich am Ryck

Der Teich am Zingster Weg sei vollkommen versumpft. In der Mitte wachse nur noch Schilf, es seien Wildschweine dort zu finden und ein Baum sei quer über den Weg gefallen. Möglicherweise könne eine Besichtigung von Experten erfolgen, die dann Maßnahmen zur Behebung der Probleme vorschlagen könnten.

Entsorgung des Laubs von öffentlichen Bäumen

Laub von öffentlichen Bäumen falle auf die privaten Grundstücke z. B. im Zingster Weg. Frau Daemen wünscht sich daher eine Bereitstellung von blauen Säcken und deren kostenlose Abholung.

Herr Liedtke

. informiert zu Punkt 2, dass in diesem Jahr bereits zwei Begehungen durch die Ortsteilvertretung erfolgt seien. Auch das Tiefbau- und Grünflächenamt sei dabei gewesen und habe die Probleme aufgenommen.

. weist darauf hin, dass am 13.11.2017 die nächste Sitzung der Ortsteilvertretung stattfinden werde und lädt Frau Daemen dazu ein.

Frau Socher

. schlägt vor, dass die Verwaltung diesbezüglich eine schriftliche Antwort verfasse und diese Frau Daemen zukommen lasse.

TOP 5. Beschlusskontrolle

Keine Anmerkungen

Herr Prof. Dr. Hardtke nimmt an der Sitzung teil.

TOP 6. Beratung der Beschlussvorlagen**TOP 6.1. Besetzungen****TOP 6.1.1. Besetzung AG Kleingärten**

06/1239 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B630-

23/17

Frau von Busse

. weist darauf hin, dass die Umsetzung in dieser Form nicht funktionieren werde, da es bisher keine AG Kleingärten der Bürgerschaft gebe. Es gebe lediglich eine AG zur Abarbeitung der Verwaltungsaufgaben. Es handele sich hierbei um eine interne AG der Verwaltung, in der nicht nur Mitarbeiter der Stadtverwaltung Greifswalds, sondern auch Mitarbeiter des Abwasserwerkes Greifswald und Mitarbeiter des Landkreises Vorpommern-Greifswald involviert seien.

Aus verfahrenstechnischen Gründen sei es nicht möglich, dass in die bestehende AG Mitglieder der Bürgerschaft implementiert würden und daraus eine AG der Bürgerschaft entstehe.

Aus ihrer Sicht sei die vorherige Version der Vorlage zielführend.

Für die neue Aufgabe, die Kleingartenkonzeption mit zu erarbeiten, sei es nicht notwendig, alle jetzigen Mitwirkenden miteinzubinden.

Dazu komme, dass erst einmal die Richtlinie zur Förderung und Stabilisierung des Kleingartenwesens erarbeitet werden müsse. Hierin würden die Ziele formuliert werden, die sich die Bürgerschaft aus der Kleingartenkonzeption verspreche und diese würde die Verwaltung dann in der bereits bestehenden internen AG Kleingärten umsetzen.

Herr Multhauf

. hält es für falsch, hierfür extra eine AG Kleingärten zu gründen und gibt Frau von Busse recht.

. bittet in Abstimmung mit Herrn Dr. Kasbohm, die Vorlage dahingehend zu ändern, dass „Herr Peter Multhauf“ in „Herr Dr. Jörn Kasbohm“ geändert werde.

Herr Spring

. macht darauf aufmerksam, dass der Einbringer der Beschlussvorlage fehle.

. bittet, den Einbringer zu dieser Vorlage noch etwas zu sagen bzw. sie einzubringen.

Frau Socher

. antwortet, dass durch diese Beschlussvorlage der Beschluss der letzten Sitzung der Bürgerschaft umgesetzt worden sei und die Fraktionen um Zuarbeit der Namen gebeten worden seien.

Es sei immer die Rede davon gewesen, dass die bestehende AG erweitert und keine zweite eröffnet werden solle.

Herr Multhauf

. schlägt die Änderung vor, dass die Bürgerschaft lediglich zwei Mitglieder in die bestehende AG entsendet.

Herr Dr. Meyer

. beantragt die Zurückverweisung in die Fachausschüsse.
Bei so vielen Diskussionen könne er der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Krüger

. hält eine Gegenrede zu Herrn Dr. Meyers Antrag.

Frau Socher

. lässt über die Zurückverweisung in den Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
16	21	1

Herr Dr. Kerath

. sagt, dass das erweiterte Präsidium sich einig gewesen sei, die bestehende AG zu erweitern.

Frau von Busse

. weist darauf hin, dass es nicht möglich sein werde, dass ein fester Mitarbeiterstamm der Verwaltung immer abends an den Sitzungen teilnehmen könne. Die Mitarbeiter seien bereits an der Belastungsgrenze.
. stellt klar, dass die Verwaltung die Beschlüsse und Festlegungen der Bürgerschaft ausführe, jedoch nicht die Ziele und Vorstellungen mit erarbeite.

Frau Heinrich

. fragt, ob sie es richtig verstanden habe, dass die Mitglieder der Bürgerschaft eine Kleingartenkonzeption erarbeiten sollen und die Verwaltung lediglich unterstütze.
. ist der Meinung, dass es Aufgabe der Verwaltung sei, eine solche Konzeption zu erarbeiten.

Herr Krüger

. stimmt Frau Heinrich zu.
. fragt nach rechtlichen Bedenken zur Erweiterung der bestehenden AG. Wenn es diese nicht geben sollte, existiere hier nur ein organisatorisches Problem. Außerdem müsse ja nicht jede Sitzung der AG abends stattfinden. Sicherlich wäre es aus Sicht der ehrenamtlich Tätigen hilfreich, wenn es größtenteils Nachmittags-/Abendtermine gebe. Wenn dies jedoch nicht umsetzbar sei, sei es nicht zu ändern.

Herr Hochschild

. sagt, dass im Protokoll der letzten Sitzung der Bürgerschaft der Beschluss zu finden sei, in dem festgelegt worden sei, dass die bestehende AG erweitert werden solle.
. zitiert den dort gefassten Beschluss.

Frau von Busse

. geht darauf ein und sagt, dass im Beschluss lediglich die Mitglieder der Bürgerschaft und die Mitarbeiter der Verwaltung für diese AG vorgesehen seien. In der bereits bestehenden AG wären jedoch auch externe Personen involviert.
. meint, dass im Nachgang der Sitzung für die bestehende AG eine andere Bezeichnung gefunden werden müsse.
. geht auf Herrn Krügers Frage nach den rechtlichen Problem ein: Eine Bürgerschaft könne nicht Dritte dazu verpflichten, in der neuen AG mitzuarbeiten.

Herr König

. beantragt laut Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und

Hansestadt Greifswald, die Aussprache zu beenden.

Herr von Malottki

. schließt sich Herrn Königs Antrag an.

Frau Socher lässt über den Antrag zur Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	3	0

Frau Socher lässt über den Antrag von Herrn Multhauf abstimmen, nur zwei Vertreter der Bürgerschaft zu entsenden:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	6	23	einige

Frau Socher

. bittet um Ergänzung des Einbringers: Präsidentin der Bürgerschaft.

. lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft beschließt – in Umsetzung ihres Beschlusses B604-22/17, Punkt 2, Satz 1 vom 05.10.2017 - die Erweiterung der Besetzung der AG „Kleingärten“ durch folgende Vertreter:

	Mitglieder	Stellvertreter/innen
CDU-Fraktion	. Herr Axel Hochschild	. Herr Christian Weller
Fraktion DIE LINKE	. Herr Rudi Duschek	. Herr Dr. Jörn Kasbohm
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4	. Herr Peter Madjarov	. Herr Alexander Krüger
SPD-Fraktion	. Frau Dr. Monique Wölk	. Herr Dr. Andreas Kerath
Fraktion Bürgerliste Greifswald – FDP	. Herr Ulf Burmeister	

“

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	5	einige

TOP 6.1.2. Umbesetzung Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kultur

06/1236 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B631- Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

23/17 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Frau **Katharina Horn** wird von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Forum 17.4 als Mitglied in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur entsandt.

Sie übernimmt den Sitz von Herrn Christoph Oberst, der hiermit abberufen wird.

Herr **Christoph Oberst** wird von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Forum 17.4 als Stellvertreter

in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur entsandt.
Er übernimmt den Sitz von Frau Frauke Fassbinder, die hiermit abberufen wird.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.1.3. Umbesetzungen

06/1240 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B632- Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

23/17 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

- Frau Katja Wolter wird stellvertretendes Mitglied **im Hauptausschuss**. Herr Torsten Hoebel scheidet aus.
- Herr Ludwig Spring wird Mitglied im **Ausschuss für Sport, Jugend und Soziales**. Herr Torsten Hoebel scheidet aus.
- Frau Katja Wolter wird stellvertretendes Mitglied im **Rechnungsprüfungsausschuss**. Herr Torsten Hoebel scheidet aus.
- Herr Ulf Burmeister wird stellvertretendes Mitglied in der **Ortsteilvertretung Schönwalde II/ Groß Schönwalde...**“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.1.4. Besetzung OTV Innenstadt

06/1249 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B633- Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

23/17 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Christian Weller wird stellvertretendes Mitglied in der OTV Innenstadt.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.2. Kein Ausweis von befristet niedergeschlagenen Forderungen unter 250,00 Euro im Rechnungswesen 2012 – Ausräumen B 56 Prüfbericht Jahresabschluss 2012

06/1166.1

B634- Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

23/17 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft beschließt, die bis zum 31.12.2011 befristet niedergeschlagenen Forderungen mit einer Einzelsumme von unter 250,00 EUR als unbefristet niedergeschlagen und ausgebucht zu behandeln. Die Gesamtsumme beläuft sich auf 97.391,40 EUR“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	2

- TOP 6.3. Festlegung von Wesentlichkeitsgrenzen für die Erstellung der Jahresabschlüsse der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gemäß §§ 44 Abs. 3, 45 Abs. 3, 46 Abs. 2 und Abs. 3, § 47 Abs. 2 und 48 Abs. 2 Nr. 16 der GemHVO-Doppik und § 12 Abs. 1 KomDoppikEG M-V**
 06/1167.1
 B635-
 23/17

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Multhauf

. fasst zusammen, dass durch diesen Beschluss festgelegt werde, dass bei Beträgen von 99 TEUR keine Begründung mehr erfolgen müsse.
 . wird daher dagegen stimmen.

Herr Dr. Bittner

. ergänzt, dass im Rechnungsprüfungsausschuss gesagt worden sei, dass dieser Beschluss erst einmal vorrangig für die bevorstehenden Jahresabschlüsse gelte – 2012 und 2013. Danach werde noch einmal geprüft, ob die Summe 100 TEUR tatsächlich handhabbar sei.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft beschließt für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald folgende Wesentlichkeitsgrenzen für die Erstellung der Jahresabschlüsse ab dem Haushaltsjahr 2013:

1. *Gemäß § 44 Abs. 3 GemHVO-Doppik gelten Abweichungen zwischen den in der Ergebnisrechnung nachzuweisenden Ergebnissen und den Ergebnissen der Rechnung des Haushaltsvorjahres sowie den Gesamtermächtigungen im Haushaltsjahr ab 100.000 EUR als erheblich und sind im Anhang anzugeben und zu erläutern.*
2. *Gemäß § 45 Abs. 3 GemHVO-Doppik gelten Abweichungen zwischen den in der Finanzrechnung nachzuweisenden Ergebnissen und den Ergebnissen der Rechnung des Haushaltsvorjahres sowie den Gesamtermächtigungen im Haushaltsjahr ab 100.000 EUR als erheblich und sind im Anhang anzugeben und zu erläutern.*
3. *Gemäß § 46 Abs. 2 GemHVO-Doppik gelten Abweichungen zwischen den in der Teilergebnisrechnung nachzuweisenden Ergebnissen und den Ergebnissen der Rechnung des Haushaltsvorjahres sowie den Gesamtermächtigungen im Haushaltsjahr ab 100.000 EUR als erheblich und sind im Anhang anzugeben und zu erläutern.*
4. *Gemäß § 46 Abs. 3 GemHVO-Doppik gelten Abweichungen zwischen den in der Teilfinanzrechnung nachzuweisenden Ergebnissen und den Gesamtermächtigungen im Haushaltsjahr ab 100.000 EUR als erheblich und sind im Anhang anzugeben und zu erläutern.*
5. *Gemäß § 47 Abs. 2 GemHVO-Doppik sind erhebliche Veränderungen bei Bilanzposten im Vergleich zum Vorjahr mindestens ab 100.000 EUR zu erläutern.*
6. *Gemäß § 48 Abs. 4 Nr. 16 GemHVO-Doppik sind die Rückstellungen für sonstige finanzielle Verpflichtungen und sonstige Aufwandsrückstellungen, die dem Bilanzposten „Sonstige Rückstellungen“ zuzuordnen sind, zu erläutern. Weitere Positionen, die in der Bilanz unter dem Posten „Sonstige Rückstellungen“ gesondert und eindeutig ausgewiesen werden, sind im Anhang nicht näher zu erläutern.*
7. *Gemäß § 12 Abs. 1 KomDoppikEG M-V erfolgen Korrekturen gegen die Kapitalrücklage ab 1.000 EUR im Einzelfall.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	1

TOP 6.4. Umsetzungsbeschluss zur Errichtung einer neuen Grundschule mit Orientierungsstufe einschließlich Hort und Sporthalle am Standort Verlängerte Scharnhorststraße (B-Plan-Gebiet Nr. 114)

06/1109.1

B636-

23/17

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Hochschild

. macht deutlich, dass die CDU-Fraktion den Neubau einer Grundschule befürworte. Jedoch könnten sie die vom Oberbürgermeister benannten Unwegsamkeiten - es liege keine Schulentwicklungsplanung vor; es gebe nur mündliche Zusagen für dieses Bauvorhaben – nicht mittragen. Ein Schulneubau sei dringend notwendig. Die Schwierigkeiten, die beim Bau einer Inklusionsschule entstünden, seien jedoch zu riskant und zu unsicher.

. stellt eine Kostenübersicht nach derzeitigem Stand vor:

Lfd. Nr.	Schulart	Kosten	Differenz zu 1.
1	zweizügige Grundschule mit Orientierungsstufe und Inklusionsstandard	17,27 Mio. EUR	
2	Grundschule klassisch ohne Orientierungsstufe und ohne Inklusion	13,5 Mio. EUR	fast 4 Mio. EUR
3	Grundschule ohne Orientierungsstufe und Inklusionsstandard	14 Mio. EUR	3,2 Mio. EUR

Die Veränderung von einer Einfeldsporthalle in eine Zweifeldsporthalle würde eine Steigerung der Kosten von 2,3 Mio. EUR mit sich bringen.

Die Alternative 1 a) Inklusionsstandard würde nach jetzigem Stand 22,371 Mio. EUR kosten. Die von der CDU-Fraktion bevorzugte Alternative 1 b) Klassisch würde hingegen nur 16,3 Mio. EUR kosten und Alternative 1 b) Inklusionsstandard 16,8 Mio. EUR.

. bittet darum, dass gesamte Bauvorhaben auf ein Normalmaß zurückzuschrauben. Erstens sei es dann genehmigungsfähig, zweitens sei es dann bezahlbar und drittens werde den Kindern ein Gefallen getan, da die Grundschule viel schneller genutzt werden könne.

Frau Heinrich

. sagt, dass die Fraktion DIE LINKE sich der Meinung des Oberbürgermeisters vollkommen anschließe. Das bedeute, dass sie sich für die Zweifeldsporthalle, für Inklusion und für längeres gemeinsames Lernen aussprechen.

Die Punkte Schulen und längeres gemeinsames Lernen seien wichtige Themen für Mecklenburg-Vorpommern.

Die Fraktion DIE LINKE gehe davon aus, dass dieses Projekt finanzierbar sei. Kinder müssten der Stadt das einfach wert sein.

Frau Berger

. berichtet aus Gesprächen mit Menschen aus anderen Landesteilen. Die Menschen würden in zwei Punkten sehr gespannt, ermutigend und etwas neidisch auf Greifswald schauen. Zum einen betreffe dies den Klimaschutz. Greifswald sei eine von 22 Masterplankommunen bundesweit. Zum anderen handele es sich um den Bildungsbereich. In Greifswald gebe es eine 100-prozentige Doppelnutzung von Schul- und Horträumen.

. bedankt sich ausdrücklich bei den beteiligten Fachämtern für die engagierte und fortschrittliche Arbeit.

. bittet Herrn Hochschild, die Finanzen aus einer anderen Sicht zu betrachten. Wenn eine Schule mit Inklusionsstandard gebaut werde, erhalte man 26 Prozent mehr Fläche pro Schüler/in.

Bei einem Bau einer Grundschule mit angeschlossener Orientierungsstufe könnten 44 Prozent mehr Schüler/innen untergebracht werden und die Baukosten pro Schüler würden um 15 Prozent sinken. Außerdem finanziere das Land keine Grundschule, die nicht den inklusiven Standards entspreche. Die 16,3 Mio. EUR für eine klassische Grundschule (laut Variante 1. b.) müsste die Stadt allein aufbringen, hingegen bei der Variante 1. a. die Chance bestehe, von Landesmitteln zu profitieren.

Die Arndt-Schule werde ab dem Schuljahr 2020/2021 fünfzügig sein. Diese Schule decke den ganzen Bereich Innenstadt, Stadtrandsiedlung und Obstbausiedlung ab. Die Krull- und die Kollwitz-Schule würden jedoch schon fünf Klassen „produzieren“. Das bedeute, wenn lediglich eine Grundschule gebaut werde, sei ungewiss, auf welche Schule die Schüler/innen danach gehen könnten.

Daher spreche sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 für eine wohnortnahe Beschulung für alle Schülerinnen und Schüler bis einschließlich zur sechsten Klasse aus.

Herr von Malottki

. hält diese Entscheidung für eine der wichtigsten dieser Legislatur.

. bedankt sich bei den Mitarbeitern/innen des Amtes für Bildung, Kultur und Sport, insbesondere Frau Felkl für die unermüdliche und sicherlich aufreibende Arbeit in den letzten Monaten, sowie beim Oberbürgermeister, der die Frage des Schulneubaus zur Chefsache gemacht und sich in Schwerin für die Möglichkeit verschiedener Optionen eingesetzt habe.

Die Diskussion im Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft habe ergeben, dass eine Raumgröße von 2,4 m² (Inklusionsstandard) absolut notwendig sei.

. bittet daher alle Mitglieder der Bürgerschaft darum, die pädagogisch notwendige Raumkapazität von 2,4 m² pro Schüler zu unterstützen – unabhängig von der Frage der Orientierungsstufe.

Umstrittener sei die Frage des Grundschulneubaus mit Orientierungsstufe gewesen. Aus pädagogischer Sicht sei dies ein Fortschritt, das längere gemeinsame Lernen von Klasse 1 – 6 zuzulassen. Auf dieser Weise würde ein Umzug nach der 4. Klasse in eine andere Schule entfallen. Zusätzlich sei unklar, auf welche Schule die neuen Grundschüler wechseln sollten, falls die Orientierungsstufe abgelehnt werde.

. fordert auf, bei Ablehnung der Orientierungsstufe, konkrete Alternativvorschläge zur Unterbringung der Schüler der Orientierungsstufe 5./6. Klasse zu unterbreiten. Die Anregungen von Herrn Burmeister seien jedoch bedenkenswert: Welche Lehrer sollten in der Orientierungsstufe unterrichten? Inwiefern können die Fachräume ausgelastet werden?

Allerdings gebe es hierfür praktische Lösungen, die von den freien Schulen in Greifswald bereits umgesetzt würden. So habe das „Institut Lernen und Leben e. V.“ mit Wohlwollen der Stadt eine Grundschule mit Orientierungsstufe geschaffen. Für die Lehrerfrage gebe es unter anderem die Lösung junge Lehrer und Lehrerinnen mit Doppelqualifikation (Grundschule und Gymnasiallehramt) einzustellen.

. findet, dass die Ideallösung sei, einen Schulcampus mit Grundschule, Orientierungsstufe und Regionalschule zu schaffen.

Auch bei dem Bau einer Grundschule ohne Orientierungsstufe werde eine genehmigte Schulentwicklungsplanung und eine entsprechende Änderung des Kreistages benötigt.

Derzeit sei der Landkreis für die Förderschulen zuständig. Wenn jedoch die Inklusion für die Schule beschlossen werde, gehe die Verantwortung zur Stadt über. Das bedeute, dass damit auch eine finanzielle Entlastung des Landkreises

verbunden sei.

. erwartet vom Landkreis, dass die finanzielle Entlastung an die Stadt weitergegeben werde und diese Mittel zum Beispiel über die Kreisumlage für den Bau einer Grundschule mit Orientierungsstufe eingesetzt werden könnten.

Herr Burmeister

. sagt, dass sich die Fraktion Bürgerliste Greifswald-FDP für die Variante 1 b) klassische Grundschule mit Inklusion ausspreche.

Es gebe, laut Vorlage, einen Mehrbedarf von zwei bis drei Grundschulklassen im Jahrgang. Das bedeute, dass es auch einen entsprechenden Mehrbedarf in der Orientierungsstufe geben werde. Dann gebe es jedoch ebenfalls einen Mehrbedarf an den regionalen Schulen Klasse 7 bis 10. Wo solle dieser gedeckt werden?

. habe im Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft die Verwaltung gefragt, ob es diesbezüglich bereits Vorschläge gebe.

Dies sei dort verneint worden.

. fragt sich, wie die zusätzlichen Klassen an den vorhandenen Standorten untergebracht werden sollen.

Möglicherweise werde für die Klassen 7 bis 10 eine zusätzliche Regionalschule benötigt. Jedoch sei eine solche nicht genehmigungsfähig – auch nicht mit Ausnahmegenehmigung – wenn im Eingang diese nicht zweizügig geführt werde. Aber diese zwei Klassen würden jedoch noch an der Grundschule in der Orientierungsstufe unterrichtet werden.

. stellt noch einmal klar, dass bevor eine solche Entscheidung getroffen werde, ein Gesamtkonzept erstellt werden müsse, bezogen auf das, was an Regionalschulen benötigt werde.

. wünscht sich vom zuständigen Ministerium eine schriftliche Auskunft bezüglich der Genehmigungsvoraussetzungen für eine Orientierungsstufe.

. möchte wissen, wie der Unterricht abgedeckt werden solle. Zwei Klassen im Jahrgang würden eine Stundenanzahl für 4,5 Lehrerstellen erzeugen. Um fachgerechten Unterricht möglich zu machen, müssten eine Vielzahl an Fächern abgedeckt werden. Dies sei mit lediglich 4,5 Stellen nicht umsetzbar. Die Stundenanzahl eines Faches würde genau für eine Lehrerstelle ausreichen. Was passiere jedoch, wenn dieser Lehrer ausfalle?

Es würde sinnvoller sein, eine Regionale Schule mit angeschlossener Grundschule zu errichten.

Für den Schulbau mit Orientierungsstufe und ohne Sporthalle würden 17,5 Mio. EUR anfallen. Die Fischer-Schule würde 18,3 Mio. EUR kosten. Diese sei jedoch auf 24 Klassen ausgelegt, wobei die Grundschule mit Orientierungsstufe nur auf 12 ausgelegt sei. (Es gebe auch keine Änderung bei einer Schule ohne Orientierungsstufe.)

. fragt sich, weshalb ein Bau für die doppelte Anzahl an Schülern genauso teuer sei. Seiner Meinung nach, liege es an der Lage. Das Gebiet sei für eine Bebauung weitestgehend ungeeignet.

Zudem müsse der B-Plan erst einmal genehmigt werden.

. macht klar, dass der Standort falsch ausgewählt worden sei. Es werde zur Herrichtung des Standortes Geld ausgegeben, welches an einem anderen Ort den Kindern zu Gute kommen hätte können.

Herr Multhauf

. schließt sich den Ansichten des Oberbürgermeisters an.

. kritisiert den Redebeitrag von Herrn Burmeister.

. sagt, dass die Kostenkalkulation der Schule nicht stimmen könne. Es sei in der Beschlussvorlage die Förderung nicht berücksichtigt worden.

. beantragt daher, hinter 1. a. Inklusionsstandard den Teilsatz zu ergänzen: „und der Förderung durch das Land Mecklenburg-Vorpommern.“

. bittet, dass auf Seite 7 weitere freie Schulen ergänzt werden.

. beantragt namentliche Abstimmung.

Herr Krüger

- . ist überrascht vom Redebeitrag von Herrn Burmeister, da dieser nur Probleme aufgewiesen habe, jedoch keine Lösungen.
 - . würde sich wünschen, dass dort eine Regionalschule von der 1. bis zur 10. Klasse errichtet werde.
- Es wäre nachhaltig, wenn die Grundschule so errichtet werden könnte, dass später eine Erweiterung zur Regionalschule möglich sei.
- . macht darauf aufmerksam, dass Variante 1. a. für den städtischen Haushalt günstiger sei, da man eine Förderung des Landes erhalte.
 - . spricht sich für Variante 1. a. aus.

Frau Witt

- . spricht sich für die Variante 1. a. und einen zukunftsfähigen Bau aus.
- Man wisse nicht, was sich in 10 Jahren am Bildungssystem verändere. Eine kleine Grundschule würde nicht ausreichen.
- . sagt, dass die Genehmigung des Schulentwicklungsplanes im Kreis wichtig sei.
 - . macht darauf aufmerksam, dass der Landkreis jedes Jahr 2 Mio. EUR Schullastenausgleich an die Stadt zahle. Durch diese Aufgabenübernahme spare die Stadt Geld, da sie diese 2 Mio. EUR nicht jährlich an den Kreis zahlen müsse.

Herr Burmeister

- . erinnert an den Grundsatzbeschluss zu diesem Grundschulneubau. Darin sei die Orientierungsstufe nicht erwähnt worden. Offiziell sei die Orientierungsstufe erst ab diesem Gremienlauf in der Diskussion.
- . sei nicht in der Lage, detaillierte Gegenvorschläge zu machen.
- . bestätigt die Aussage von Frau Witt, dass der Landkreis einen Schullastenausgleich zahle. Dafür führe Greifswald auch die Aufgaben aus. Aber es sei nicht korrekt, dass Greifswald einen Schullastenausgleich an den Landkreis hätte zahlen müssen, wenn die Schulen im Kreis geblieben wären.
- . wünscht sich, dass die Mitglieder der Bürgerschaft bei einer namentlichen Abstimmung die Wahl zwischen 1. a. und 1. b haben.

Herr Ziola

- . ist für gemeinsames langes Lernen.
- . stellt klar, dass der Bau an diesem Standort sehr teuer werde.

Frau Duschek

- . sagt aus Erfahrung, dass gerade Grundschüler sehr viel Platz benötigen. Daher werde die Variante 1. a. dem sehr entgegenkommen.
- Mit der Zeit hätten sich die Art des Unterrichtens und auch die Arbeitsmittel verändert (Partnerarbeit, Werkstattarbeit, offener Unterricht). Zudem komme die Inklusion. Das bedeutet, es werde sehr viel mehr Platz gebraucht.
- . bittet um Zustimmung für Variante 1. a.

Herr Madjarov

- . geht auf das Problem ein, wo die Schüler nach der 6. Klasse untergebracht werden sollen.
- . stellt sich die Frage, wo die Schüler von der 1. Bis zur 4. Klasse jetzt untergebracht werden sollen.
- . berichtet aus dem Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft, in dem auch die Schulleiterin der Ernst-Moritz-Arndt-Schule anwesend gewesen sei. Sie sei der Meinung, dass man die angesprochenen Probleme schon irgendwie gelöst bekomme.

Frau Socher

. weist darauf hin, dass nach der Orientierungsstufe ein großer Teil an das Gymnasium wechsele. Daher würde die Anzahl der Schüler für die Regionalschulen sinken.

Herr Hochschild

. verdeutlicht, dass die CDU-Fraktion für eine Grundschule sei.
. berichtigt Frau Witt, dass es falsch sei, dass man durch die Aufgabenübernahme Geld spare.

Der Oberbürgermeister

. gibt Herrn Burmeister recht, dass man sich Gedanken machen sollte, was mit den älteren Schülern passiere.

Das Problem sei, dass es bei einigen Punkten noch keine Klarheit gebe, beispielsweise bei der Gebäudestruktur.

Bezüglich der Baukosten sei zu sagen, dass man recht großzügig an die Planung gegangen sei. Es seien beispielsweise jährliche Baukostensteigerungen einbezogen worden.

Die Fischer-Schule sei nicht mit diesem Grundschulneubau vergleichbar. Dieser Bau beginne erst in zwei Jahren und bis dahin, gebe es schon wieder völlig andere Baupreise.

Daher seien die Zahlen so hoch angesetzt.

. hat bezüglich des Änderungsantrages von Herrn Multhauf keine Bedenken. Ohne diese Fördermittel könne und werde diese Schule nicht gebaut.

. bittet den Satz jedoch, so wie er von Herrn Multhauf formuliert worden sei, nicht aufzunehmen. Denn es würden nicht nur Landesfördermittel, sondern auch Bundes- und EU-Fördermittel angestrebt.

Der EFRE-Fördermittelantrag sei bereits gestellt worden.

Herr Spring

. fragt, wie die Abstimmung nun erfolgen werde.

. möchte nicht, dass, wenn eine Variante die Mehrheit finde, die anderen nicht zur Abstimmung gestellt werden. Es seien alle vier Varianten gleichberechtigt.

Frau Socher

. informiert, dass in allen Fachausschüssen über Variante 1. a. abgestimmt worden sei.

. sagt, dass über den weitest gehenden Antrag zuerst abgestimmt werden müsse.

Herr Burmeister

. beantragt, dass der Öffentlichkeit gezeigt werde, wer sich für welche Variante entschieden habe. Es solle nicht der Eindruck entstehen, dass man sich gegen eine Grundschule ausspreche, wenn man gegen Variante 1. a. stimme. Dies sei nicht der Fall.

. spricht sich auch nicht gegen eine Inklusion aus, sondern gegen die Orientierungsstufe.

Herr Neubert

. hält eine Gegenrede zum Antrag zur Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald von Herrn Burmeister.

Frau Socher

. sagt, dass die Sitzung kurz unterbrochen werde, damit sich das Präsidium zusammen mit den Fraktionsvorsitzenden auf ein Abstimmungsverfahren einigen könne.

Die Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald von Herrn Burmeister werde nach der

Unterbrechung vorgenommen.

PAUSE

19:46 – 19:53 Uhr

Frau Socher

. berichtet, dass sich das erweiterte Präsidium dahingehend geeinigt habe, dass zwei Varianten zur Abstimmung gestellt werden.

Es gebe folgende Möglichkeiten:

1. a. = Grundschule + Inklusion + Orientierungsstufe + Zweifeldsporthalle
1. b. = Grundschule + Inklusion + Einfeldsporthalle

Wer sich nicht entscheiden könne, enthalte sich.

. lässt nach der Vorstellung dieses Abstimmungsverfahrens über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	7	3

Herr Multhauf

. sagt, dass dadurch ein Präzedenzfall geschaffen werde.

. schlägt vor, dass Herr Burmeister und Herr Hochschild mit einem Megafon auf dem Markt verkünden, dass sie sich für eine Grundschule aussprechen.

Frau Socher

. ruft einen Ordnungsruf aus. Dies sei kein ordnungsgemäßer Antrag zur Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gewesen.

. lässt namentlich und mit Variantenabstimmung über die Beschlussvorlage abstimmen:

„1.a. Inklusionsstandard (erhöhter Flächenbedarf pro Schüler 2,4 m²):

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Bau einer **zweizügigen Grundschule mit Orientierungsstufe** (Aufnahmekapazität 338 Schüler) einschließlich Hort für 234 Kinder und den Bau einer **Zweifeldsporthalle** am Standort Verlängerte Scharnhorststraße, **die den Anforderungen der Inklusion genügt**. Spätester Fertigstellungstermin soll zu Beginn des Schuljahres 2022/23 sein. Das Vorhaben steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung 2017 sowie der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde, das Bildungsministerium M-V, sowie unter dem Vorbehalt des Vorhandenseins auskömmlicher Haushaltsmittel.

1.a.Klassisch (Flächen nach Schulkapazitäts-VO M-V pro Schüler 1.9 m²):

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Bau einer **zweizügigen Grundschule mit Orientierungsstufe** (Aufnahmekapazität 338 Schüler) einschließlich Hort für 234 Kinder und den Bau einer **Zweifeldsporthalle** am Standort Verlängerte Scharnhorststraße. Spätester Fertigstellungstermin soll zu Beginn des Schuljahres 2022/23 sein. Das Vorhaben steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung 2017 sowie der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde, das Bildungsministerium M-V, sowie unter dem Vorbehalt des Vorhandenseins auskömmlicher Haushaltsmittel.

Alternative (nur Grundschule plus Hort plus Sporthalle):

1.b. Inklusionsstandard (erhöhter Flächenbedarf pro Schüler 2,4 m²):

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den **Bau einer zweizügigen Grundschule** (Aufnahmekapazität 234 Schüler) einschließlich Hort für 234 Kinder und den Bau einer **Einfeldsporthalle** am Standort Verlängerte Scharnhorststraße, **die den Anforderungen der Inklusion genügt**. Spätester Fertigstellungstermin soll zu Beginn des Schuljahres 2022/23 sein. Das Vorhaben steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung 2017 sowie der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde, das Bildungsministerium M-V, sowie unter dem Vorbehalt des Vorhandenseins auskömmlicher Haushaltsmittel.

1.b.Klassisch (Flächen nach Schulkapazitäts-VO M-V pro Schüler 1.9 m²):

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den **Bau einer zweizügigen Grundschule** (Aufnahmekapazität 234 Schüler) einschließlich Hort für 234 Kinder und den Bau einer **Einfeldsporthalle** am Standort Verlängerte Scharnhorststraße. Spätester Fertigstellungstermin soll zu Beginn des Schuljahres 2022/23 sein. Das Vorhaben steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung 2017 sowie der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde, das Bildungsministerium M-V, sowie unter dem Vorbehalt des Vorhandenseins auskömmlicher Haushaltsmittel.

2. Der Schulbau wird nach modernen Gesichtspunkten geplant, die die Standards des Ganztags, (der Inklusion – abhängig von Entscheidung zu 1.) und der Neuen Medien erfüllen, in Anlehnung an die Planungsgrundsätze der neuen IGS bzw. nach der angekündigten Schulbaurichtlinie/Schulbauempfehlungen des Bildungsministeriums, wenn diese rechtzeitig vorliegt.

3. Die in der Anlage beigefügten Entwürfe des Raumkonzeptes der Schule und des Hortes werden grundsätzlich bestätigt. Die Bestätigung erfolgt vorbehaltlich eventueller Veränderungen durch die Einführung der Inklusion im Land M-V, durch den Erlass einer Landes-Schulbaurichtlinie/Schulbauempfehlungen bzw. notwendiger Anpassungen in der Feinplanung. “

Mitglied der Bürgerschaft	1. a.	1. b.	ENTHALTUNG
Herr Ibrahim Al Najjar	X		
Frau Ulrike Berger	X		
Herr Dr. Ullrich Bittner	X		
Herr André Bleckmann	entschuldigt		
Herr Ulf Burmeister		X	
Frau Rita Duschek	X		
Herr Rudi Duschek	X		
Herr Frank Embach	entschuldigt		
Frau Yvonne Görs	X		
Herr Professor Dr. Frank Hardtke	X		
Frau Marion Heinrich	X		
Herr Axel Hochschild		X	
Herr Heiko Jaap	X		
Herr Lutz Jesse	entschuldigt		
Herr Wolfgang Jochens		X	
Herr Dr. Jörn Kasbohm	entschuldigt		
Herr Dr. Andreas Kerath	X		
Herr Jörg König	X		
Herr Nikolaus Kramer	entschuldigt		
Herr Alexander Krüger	X		

Herr Christian Kruse		X	
Herr Thomas Lange	X		
Herr Jürgen Liedtke		X	
Herr Egbert Liskow		X	
Frau Karola Lüptow		X	
Herr Peter Madjarov	X		
Herr Dr. Thomas Meyer		X	
Herr Peter Multhauf	X		
Herr Thomas Mundt		X	
Herr Christoph Oberst	X		
Herr Dr. Sascha Ott		X	
Herr Milos Rodatos	X		
Herr Dr. Ulrich Rose	X		
Frau Dr. Mignon Schwenke	X		
Frau Birgit Socher	X		
Herr Ludwig Spring		X	
Herr Dr. Rainer Steffens		X	
Herr Professor Dr. Thomas Treig	X		
Herr Erik von Malottki	X		
Frau Brigitte Witt	X		
Frau Dr. Monique Wölk	X		
Frau Katja Wolter		X	
Herr Ingo Ziola		X	

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
24	14	0

Nach der Abstimmung fiel auf, dass über den Änderungsantrag zu den Fördermitteln von Herrn Multhauf nicht abgestimmt worden sei. Man einigte sich darauf, dies im Protokoll festzuhalten.

TOP 6.5. Neufassung der Benutzungs- und Gebührenordnung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Durchführung von Märkten und Veranstaltungen auf kommunalen Flächen

06/1161

B637-

23/17

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Multhauf

. sagt, dass ihm von Händlern zugetragen worden sei, dass der Markt vor dem Möwencenter an einen anderen Ort verlagert werden solle. Sowohl die Händler als auch die Mitglieder der Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt hätten sich dagegen ausgesprochen.
 . kritisiert, dass ihm keine Auskunft darüber erteilt worden sei, wer diese Flächen nutzen wolle. Dies sei eine Missachtung der Rechte der Mitglieder der Bürgerschaft.
 . bittet, um klare Auskünfte.
 . habe inzwischen mit der Leiterin des REWE-Marktes gesprochen und wisse daher, dass REWE Interesse an den Flächen hätte. Es sei eine Vermutung, dass auch dieser REWE vergrößert werden solle und daher eine größere Parkplatzfläche benötige. Die Mitglieder der Ortsteilvertretung seien der Auffassung, dass es besser wäre, wenn die Händler auf der jetzigen Marktplatzfläche bleiben könnten.
 . bemängelt das Vorgehen, dass die Mitglieder der Bürgerschaft erst am Ende von Verhandlungen um eine Entscheidung gebeten werden. Er möchte bereits im Vorfeld in die Diskussionen einbezogen werden.

Frau von Busse

. antwortet, dass diese Angelegenheit nichts mit der hier vorliegenden Vorlage zu tun habe. Jedoch werde die Verwaltung im nichtöffentlichen Teil darauf eingehen.

Herr Winckler

. stellt klar, dass sowohl in der Sitzung der Ortsteilvertretung als auch im Hauptausschuss gesagt worden sei, dass eine Verlegung des Marktes nicht zur Diskussion stehe. Dies wäre sinnwidrig, da durch diese Beschlussvorlage für die besagte Stelle eine Kalkulation für die kommenden drei Jahre vorgelegt worden sei.

Frau Dr. Wölk

. sagt, dass die SPD-Fraktion der Marktgebührensatzung zustimmen werde. Mit dieser Satzung würden die Umsatzsteuerbeiträge für kleine Regionalanbieter abgeschafft. Dies halte die SPD-Fraktion für einen sehr guten ersten Schritt um regionale Kleinanbieter zu unterstützen.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die anliegende Neufassung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zur Durchführung von Märkten und Veranstaltungen auf kommunalen Flächen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	0

TOP 6.6. Konzept - Masterplan 100% Klimaschutz

06/1162 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B638-
23/17

Herr Kruse

. erklärt, weshalb die CDU-Fraktion dieses Konzept ablehne: Es sei ideologisch überambitioniert und dadurch in vielen Punkten schon aus fiskalischen Gründen in seiner Umsetzbarkeit fragwürdig.
 Die Erde, die den Nachkommen überlassen werden solle, solle eine intakte Natur und eine intakte Umwelt haben. Visionen, die sich mit einer 100-prozentig CO₂-freien Stadt beschäftigen, sollte man kritisch hinterfragen.

Frau Dr. Schwenke

. sagt, dass die neusten Untersuchungen belegen würden, dass der CO₂-Anstieg in

den letzten Jahren so rasant, wie noch nie zuvor, vorangeschritten sei. Demzufolge gebe es dringenden Handlungsbedarf. Klimaerwärmung bedeute nicht nur permanente Temperatursteigerungen, sondern auch Extremwetterereignisse. Deutschland allein könne das Klima nicht retten, aber es sei ein wichtiges Land, das auf diesem Gebiet Vorreiter sein könnte.

. befürwortet den Masterplan. Er formuliere ambitionierte Ziele, mache gute Vorschläge, beruhe auf der richtigen Analyse und benenne die vorliegenden Potentiale.

. hebt die aus Sicht der Fraktion DIE LINKE besonderen Potentiale hervor:

- Fahrradstadt ausbauen
- ÖPNV stärken
- Decarbonisierung der Energie- und Wärmeversorgung in Zusammenarbeit mit dem Umland

Herr Dr. Bittner

. stellt den Werdegang des Masterplans vor.

Diese Maßnahme sei kostenneutral. Es werde für drei Jahre eine Stelle und deren Sachausgaben finanziert. Außerdem würden für besondere Maßnahmen 200 TEUR zur Verfügung gestellt werden.

Der Masterplan umfasse die Bereiche Energieeinsparung, Ressourcenverbräuche, Erdwärmenutzung, Solarthermie, Photovoltaik und alternative landwirtschaftliche Nutzung.

. stellt klar, dass 97 Prozent der wissenschaftlichen Studien zu dem Schluss kämen, dass der Klimawandel durch Menschen gemacht sei.

Selbst, wenn das Risiko minimal wäre, müsste dagegen etwas unternommen werden.

. wirbt um Zustimmung für diese Vorlage.

Frau Dr. Wölk

. sagt, dass, die Konzepte und Maßnahmen, die seit 2008 im Klimaschutzbündnis beschlossen worden seien, durch diesen Beschluss fortgeführt würden. Es gehe darum, ein Controlling einzuführen, um die Ziele und Maßnahmen mit den Partnern in den Bereichen der Bauleitplanung, der Gebäudesanierung, der Stadtentwicklung und der Wärme- und Stromversorgung aufeinander abzustimmen.

Greifswald sei eine von 22 Städten, die ausgewählt worden seien, solch ein Konzept zu entwickeln.

Klimaschutz vor Ort bedeute, weniger Schadstoffe, Ressourcenschutz und mehr Lebensqualität.

Wenn beispielsweise im Bereich „Verkehr“ Lösungen gefunden werden könnten, die der Stadt und den Menschen vor Ort zu Gute kommen würden, sei dies eine Win-Win-Situation.

. bittet um Zustimmung.

Herr Dr. Ott

. sagt, dass sich die CDU-Fraktion selbstverständlich für den schonenden Umgang mit Ressourcen ausspreche. Aber sie mache den Schutz der Umwelt nicht zu einer Ersatzreligion oder Ideologie.

. möchte den Menschen nicht vorschreiben, wie sie ihren Privathaushalt zu führen hätten, wie sie heizen oder welche technischen Geräte sie nutzen sollen.

In den Familien werde ein wesentlicher Teil zum Umweltschutz beigetragen.

. kommentiert aufgrund der Zwischenrufe von Herrn von Malottki, dass in Familien auch das gute Benehmen beigebracht werde.

Man brauche keine Broschüren, durch die den Menschen vorgeschrieben werde, wie sie zu leben hätten, sondern man müsse die Menschen überzeugen.

Der Masterplan enthalte viele gute Ideen, die im Einzelfall auch umsetzbar seien und zu gegebener Zeit auch beschlossen werden sollten.

. ist gegen Grundsatzbeschlüsse, die für die Zukunft gelten. Es sollten lieber

konkrete Beschlüsse gefasst werden.
Daher lehne die CDU-Fraktion diesen Beschluss ab.

Herr König

. sagt, dass es sich beim Masterplan ganz klar um ein Zukunftskonzept handele. Selbstverständlich seien nicht alle Maßnahmen völlig adäquat oder sofort nachvollziehbar. Dies sei jedoch kein Grund, dieses Konzept vollständig abzulehnen. Aufgrund des langen Zeitraumes und des Fortschrittes der Technik sei es möglich, dass einige Ideen verworfen und andere dafür entstehen könnten. Man versuche, zusätzliches CO₂ zu vermeiden und nicht die Atmosphäre von CO₂ zu befreien. Man dürfe jedoch nicht noch länger warten. Über die Konsequenzen könne man jedoch nur spekulieren. Zum Beispiel befürchte das Bundesumweltministerium, dass sich die Fischbestände und die anderen Tierarten in der Ostsee nicht schnell genug an die Veränderungen anpassen könnten. Dies gefährde die Fischer und wenn diese verschwinden würden, seien definitiv auch die Kultur und die Tradition in diesem Land betroffen. Um dies zu verhindern, müsse man mit allen Beteiligten an einem Strang ziehen. . meint, dass andere Länder Deutschland bei Investitionen in erneuerbare Energien bereits überholt hätten.

Herr Liedtke

. weist darauf hin, dass es bei diesem Beschluss um das Klimaschutzkonzept für Greifswald gehe. . versteht unter einer Decarbonisierung fast eine Deindustrialisierung. Ökonomie und Ökologie müssten miteinander verknüpft werden. Man könne sich nicht leisten, die Kosten der Baumaßnahmen in Greifswald zu erhöhen und gleichzeitig ein B-Plan-Gebiet zu planen, bei dem bestimmte Kriterien außer Kraft gesetzt werden. . spricht sich dafür aus, den ÖPNV mit den Greifswalder Stadtwerken weiterzuführen. Aber auch dort werde es in absehbarer Zeit Veränderungen geben. . wird den Masterplan ablehnen.

Herr Krüger

. ist von Herrn Liedtkes Darstellung überrascht. . kritisiert, dass von den Personen, die diese Vorlage ablehnen wollen, keine Änderungsanträge eingebracht worden seien.

Herr Dr. Rose

. wünscht sich eine Begründung bzw. Belege für die Aussagen von Herrn Kruse. . stellt klar, dass es sich hierbei um eine Decarbonisierung und nicht um eine Deindustrialisierung handele.

Herr Kruse

. sagt, dass es Klimawandel gebe, solange diese Erde bestehe. . findet, dass das Konzept ideologisch überambitioniert sei, da man nicht feststellen könne, wie viel CO₂ die Pflanzen tatsächlich benötigen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Frau Socher lässt namentlich über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme des Masterplans 100% Klimaschutz und unterstützt im Bereich ihrer Verantwortlichkeit die Umsetzung der im Konzept empfohlenen Maßnahmen.
Sie beauftragt den Oberbürgermeister diese Maßnahmen im Einzelnen zu diskutieren und bezüglich ihrer Umsetzung zu prüfen, damit die Stadt ihrem Titel als Leuchtturm des nationalen Klimaschutzes*

gerecht werden kann. “

Mitglied der Bürgerschaft	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Herr Ibrahim Al Najjar	X		
Frau Ulrike Berger	X		
Herr Dr. Ullrich Bittner	X		
Herr André Bleckmann	entschuldigt		
Herr Ulf Burmeister	X		
Frau Rita Duschek	X		
Herr Rudi Duschek	X		
Herr Frank Embach	entschuldigt		
Frau Yvonne Görs	X		
Herr Professor Dr. Frank Hardtke	X		
Frau Marion Heinrich	X		
Herr Axel Hochschild		X	
Herr Heiko Jaap		X	
Herr Lutz Jesse	entschuldigt		
Herr Wolfgang Jochens		X	
Herr Dr. Jörn Kasbohm	entschuldigt		
Herr Dr. Andreas Kerath	X		
Herr Jörg König	X		
Herr Nikolaus Kramer	entschuldigt		
Herr Alexander Krüger	X		
Herr Christian Kruse		X	
Herr Thomas Lange	X		
Herr Jürgen Liedtke		X	
Herr Egbert Liskow		X	
Frau Karola Lüptow		X	
Herr Peter Madjarov	X		
Herr Dr. Thomas Meyer	X		
Herr Peter Multhauf	X		

Herr Thomas Mundt		X	
Herr Christoph Oberst	X		
Herr Dr. Sascha Ott		X	
Herr Milos Rodatos	X		
Herr Dr. Ulrich Rose	X		
Frau Dr. Mignon Schwenke	X		
Frau Birgit Socher	X		
Herr Ludwig Spring	X		
Herr Dr. Rainer Steffens		X	
Herr Professor Dr. Thomas Treig		X	
Herr Erik von Malottki	X		
Frau Brigitte Witt	X		
Frau Dr. Monique Wölk	X		
Frau Katja Wolter		X	
Herr Ingo Ziola		X	

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	13	0

Persönliche Erklärung von Herrn von Malottki:

Herr von Malottki

- . geht auf den Kommentar von Herrn Dr. Ott bezüglich des Bebringens von gutem Benehmen in der Erziehung ein.
- . findet persönliche Angriffe jedoch nicht in Ordnung.
- . kritisiert besonders das Einbeziehen von Familienmitgliedern von anderen Menschen in die politischen Debatten.

TOP 6.7. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Schönwalde II für das Programmgebiet „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“

06/1164
B639-
23/17

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Dr. Schwenke

- . sagt, dass man sich einig sei, dass das Programm „Soziale Stadt“ ein gutes Instrument sei. Nicht umsonst bemühe sich Herr Multhauf, dass auch der Ortsteil Schönwalde I/Südstadt dazugehöre.
- Man benötige Menschen, die sich dafür engagieren und kontinuierlich in den Bereichen arbeiten könnten. Daher seien kurzzeitige Stellenbefristungen, wie beispielsweise beim Quartiersmanagement, nicht hilfreich.

Herr von Malottki

- . bedankt sich bei der Verwaltung und dem Quartiersmanagement für das Konzept.

Es biete unter anderem auch gute Lösungsansätze. Die Bürgerschaft und die Stadtverwaltung müssten weiterhin darum kämpfen, dass der Ortsteil Schönwalde II/Groß Schönwalde im Programm verbleiben könne.

- . geht auf die Jugendarbeitslosigkeit im Stadtteil Schönwalde II/Groß Schönwalde ein. Seiner Ansicht nach, sei die Lösung eine Stärkung der Bildungseinrichtung.
- . pflichtet Frau Dr. Schwenke bei, dass befristete Arbeitsverträge verhindert werden sollten.

Ein ganz wichtiger Punkt im Stadtteil sei die Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen.

Herr Multhauf

- . wird dieser Beschlussvorlage zustimmen.
- . ergänzt, dass die Ortsteile Schönwalde I/Südstadt und Ostseevierviertel einige Punkte mit Schönwalde II/Groß Schönwalde gemeinsam hätten. Unterschied sei jedoch, dass es in den beiden zuerst genannten Ortsteilen kein Quartiersmanagement und keine Schwalbe gebe.
- . bittet, dass es in der Hinsicht auch zu Veränderungen komme.
- . wünscht sich, dass in der Zukunft erneut versucht werde, auch den Ortsteil Schönwalde I/Südstadt in das Programm einzubringen.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die 1. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes für Schönwalde II („IHK Schönwalde II_tausend17“) gemäß Anlage 1.

Das „IHK Schönwalde II_tausend17“ dient als strategische Grundlage für die weitere Stadtteilentwicklung und gilt als roter Faden für die Arbeit des Quartiersmanagements in Schönwalde II. Ebenso ist das Konzept der formale Hintergrund für die Beantragung von Mitteln aus dem Förderprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 6.8. Erstellung einer Bestandsanalyse und eines Konzeptes für Straßenlaternen

06/1185 zurückgezogen (siehe TOP 2, Seite 3)

TOP 6.9. Strandbad Eldena

06/1187.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B640-

23/17 **Herr Dr. Kerath**

- . bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, welche Folgerungen sich aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 14. September 2017 in dem Verfahren 10 C 7.16 für das Strandbad Eldena ergeben. Dabei sind insbesondere die Frage der Erhebung des Eintritts und des ungehinderten Zugangs zum Strandbad zu prüfen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	3	2

TOP 6.10. Fortschreibung Sozialanalyse 2016

06/1208 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B641-

23/17 **Frau Dr. Schwenke**

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Dr. Fassbinder

. stellt noch einmal klar, dass die Verwaltung derzeit nicht die Möglichkeit habe, dies zu leisten. Natürlich könne man ein externes Unternehmen mit der Durchführung beauftragen, jedoch sei dies mit erheblichen Kosten verbunden.

Herr Spring

. fragt, ob der Kreis in der Lage sei, in der bisherigen Form, eine solche Analyse zu erstellen.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass der Kreis dies sicher leisten könnte. Jedoch würde er es nicht so detailliert liefern, wie es sich die Universitäts- und Hansestadt Greifswald wünsche. Die Daten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald seien bereits veröffentlicht. Jedoch würden diese für die gesamte Stadt gelten.

Der Kreistag wiederum könnte die Kreisverwaltung beauftragen, zum Beispiel für alle großen Städte diese Analyse auf Stadtteilebene durchzuführen.

Herr Dr. Steffens

. teilt mit, dass die CDU-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen könne. Die Zuständigkeit liege beim Landkreis. Außerdem sei überhaupt nicht klar, ob die Verwaltung an die Daten, die beim Landkreis lägen, herankommen könnte. Zudem sei nicht geklärt, welche Kosten entstünden. In der Vorlage stünde bei den haushaltsrechtlichen Auswirkungen ein „Nein“. Das sehe die CDU-Fraktion anders und es müsste klar geregelt sein, wo das Geld herkomme.

Frau Heinrich

. gibt Herrn Dr. Steffens bezüglich der Zuständigkeit recht. Jedoch sollte sich auch die Greifswalder Bürgerschaft für die Bürger Greifswalds zuständig fühlen.

. möchte wissen, wie hoch die Kosten bei einer externen Vergabe wären.

Der Oberbürgermeister

. kann diesbezüglich keine genaue Zahl nennen. Es sei immer von den Auftragskriterien abhängig - welche Datentiefe, welche Genauigkeit, welcher Umfang.

Auf jeden Fall handele es sich um einen fünfstelligen Betrag.

Herr Krüger

. meint, dass sich alle einig seien, dass diese Analyse für Greifswald wichtig sei.

. legt nahe, das Thema in einen Prüfauftrag umzuwandeln.

Herr Multhauf

. empfiehlt, ebenfalls die Daten von Greifswald in die Analyse vom Kreis einzuarbeiten.

. hält eine externe Bearbeitung für sehr problematisch.

. schlägt vor, diese Beschlussvorlage zurückzuziehen.

Herr Krüger

. meint, dass durch das Zurückziehen Zeit verloren ginge.

. schlägt folgende Änderung vor:

„Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, wie eine Fortschreibung der Sozialanalyse für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald (bezogen auf einen Datenstand zu 2016/2017) realisiert werden kann.“

Wenn man sich dann darauf einigen könnte, im 1. Quartal den Mitgliedern der

Bürgerschaft einen Bericht zum aktuellen Sachstand vorzulegen, dann sei genügend Zeit – im Vorgriff auf den nächsten Haushalt – zu debattieren, wie diese Analyse umgesetzt werden sollte.

Der Einbringer nimmt den Änderungsvorschlag an.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„ Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, wie eine Fortschreibung der Sozialanalyse für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald (bezogen auf einen Datenstand zu 2016/2017) realisiert werden kann.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	einige

TOP 6.11. Zuschuss für Kleingartenverband

06/1230.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

B642-
23/17

Herr Dr. Kerath

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Multhauf

. sagt, dass der letzte Beschluss im Kleingartenverband zu großen Problemen geführt habe.

. wird seine Hinweise und Bedenken durch seine Enthaltung zum Ausdruck bringen.

Der Oberbürgermeister

. stellt klar, dass die Verwaltung die Finanzierung folgendermaßen verstehe: Sollte die Deckungsquelle nicht eintreten – das heißt, die Kreisumlage nicht gesenkt werden – dann sei der Beschluss für die Verwaltung hinfällig.

Frau Socher

. entgegnet, dass es für den Oberbürgermeister die Möglichkeit der Beanstandung – innerhalb der 14-Tage-Frist – gebe, danach habe der Oberbürgermeister keine Möglichkeit zur Beanstandung mehr.

Herr Hochschild

. geht auf den Redebeitrag von Herrn Multhauf ein.

In der letzten Sitzung habe es die Möglichkeit gegeben, dem Kleingartenverband den Zuschuss von 6 TEUR zu gewähren, jedoch unter der Maßgabe einer Steigerung auf 10 Cent/m².

Dies sei nicht gewollt gewesen.

Durch diese Vorlage werde ihnen einen Zuschuss von 6 TEUR gewährt ohne weiteres Geld von dem Verein zu verlangen.

Herr Dr. Rose

. bittet darum, in der Sachdarstellung den „Zuschuss“ in den Genetiv umzuwandeln.

Die Änderung wird übernommen.

Frau Dr. Schwenke

. fragt den Oberbürgermeister, ob sie es richtig verstanden habe, dass der Kleingartenverband das Geld nur erhalte, wenn die Kreisumlage gesenkt werde.

. spricht sich eindeutig gegen dieses Vorgehen aus.

Frau Socher

. lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, dem Kreisverband der Gartenfreunde e.V. einen Zuschuss i.H.v. 6.000,00 € zu gewähren“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
18	14	3

TOP 7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister

. gibt die Beschlusslisten des Hauptausschusses zu Protokoll.

Die Termine des Oberbürgermeisters entsprechen den im Verwaltungsbericht angegebenen.

. spricht noch folgende Themen an:

- Wildschweine

Die Verwaltung sehe ganz deutlich, dass es hier ein wachsendes Problem gebe. Es gebe bereits intensive Gespräche mit vielen beteiligten Einrichtungen, um Lösungen zu finden. Die Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten seien jedoch sehr breit gestreut.

Es werde derzeit aktiv gegen die Wildschweine vorgegangen, jedoch sei dies nicht ausreichend.

Außerdem seien Gespräche mit der Hansestadt Rostock geführt worden. Rostock habe zusammen mit der Universität ein großes Projekt gegen Wildschweine gestartet.

Es müssen langfristige und mittelfristige Maßnahmen gefunden werden. Empfehlungen an die Bürger/innen zur Verhaltensweise sollen folgen.

- Grünschnitt

Der Kreis habe zum Bedauern des Oberbürgermeisters die Grünschnittabfuhr und die Biotonne abgeschafft. Derzeit arbeite die Greifswalder Verwaltung an vereinzelt Lösungen. In Zusammenarbeit mit der Ver- und Entsorgungsgesellschaft des Landkreises Vorpommern-Greifswald (VEVG) würden ein- bis zweimal im Jahr an definierten Stellen Grünschnittcontainer aufgestellt werden. Das ersetze nicht die Abholung von zu Hause, aber reduziere zumindest die Wege.

Die Ortsteilvertretungen seien gebeten worden, Orte zu benennen, an denen voraussichtlich ein hohes Grünschnittaufkommen anfallt, sowie Stellen, die für die Aufstellung eines Containers für einen Tag geeignet seien.

Rückmeldefrist sei bis zu den nächsten Sitzungen der Ortsteilvertretungen – sprich nächste Woche. Es stehe noch nicht fest, ob eine Aufstellung der Container noch in diesem Jahr erfolgen werde. Aber spätestens im nächsten Frühjahr würden an einem Samstag ca. 10 Container im Stadtgebiet aufgestellt.

Herr Krüger hat die Sitzung der Bürgerschaft verlassen.

TOP 8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Lange

. geht auf das Sperrwerk ein. Durch die Errichtung könne das Segelschulschiff Greif

nur zu gewissen Zeiten aufgrund der Spüldüsen das Sperrwerk passieren. Vom Ministerium habe es dann die Auskunft gegeben, dass diese Düsen demontiert werden würden. Letztes Jahr im Februar habe es dann eine Pressemitteilung gegeben, dass man sich geeinigt habe, diese im Oktober 2016 zu demontieren. Inzwischen sei ein Jahr vergangen.
. fragt nach dem aktuellen Stand.

Der Oberbürgermeister

. sagt, dass die gefundene Lösung für ausreichend erachtet werde. Das heißt, im Sommer liege die Greif hinter dem Sperrwerk und im Winter vor dem Sperrwerk vorm Hafenamt (aus Sicht von der Stadt).

Herr Lange

. ergänzt, dass es auch andere Schiffe gebe, die in dieselbe Sachlage kämen. Damit sei eigentlich die projektierte Durchfahrtiefe nicht erreicht.
. möchte wissen, ob dies nicht mehr verändert werde.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass die Frage aufgenommen werde. Es gebe demnächst ein Gespräch mit dem Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt und bei dem könne nachgefragt werden, ob Umbaumaßnahmen vorgesehen seien. Es habe sich jedoch bisher noch kein Schiff gemeldet, welches Probleme habe.
Auf Anregung von Herrn Dr. Meyer ergänzt der Oberbürgermeister, dass es regelmäßige Gespräche mit der HanseYachts gebe.

Herr von Malottki

. geht auf den gefassten Beschluss zur Ampel vor der Käthe-Kollwitz-Grundschule ein. Nun sei der erste Montag nach den Ferien und in der Beschlusskontrolle sei angegeben, dass das beauftragte Unternehmen im Erfüllungsmodus sei.
. fragt, ab wann mit einer Verkehrssicherheit vor der Schule gerechnet werden könne.

Frau von Busse

. sagt, dass der Stadtverwaltung nicht bekannt sei, dass die Verkehrssicherheit vor der Käthe-Kollwitz-Schule nicht gegeben sei. Der Beschaffungsvorgang sei ausgelöst und die Firma habe den Auftrag erhalten. Die Lieferung der Ampel sollte bereits erfolgt sein. Wann genau die Firma die Ampel aufstelle, könne nicht gesagt werden. Jedoch werde dies in Kürze erwartet.

Herr König

. geht auf die Bauarbeiten in der Anklamer Straße ein. Es habe auf der Höhe der Kfz-Werkstatt „Pitstop“ eine Haltestelle gegeben, die bisher nicht barrierefrei gewesen sei. Der Bordstein sei sehr niedrig gewesen, sodass den Rollstuhlfahrern, Eltern mit Kinderwagen und anderen Menschen, die eingeschränkt seien, der Ein- und Ausstieg aus dem Bus erschwert worden sei. Bei einer Rekonstruktion der Straße wäre es möglich, den Bordstein dementsprechend anzupassen.
. möchte deshalb wissen, ob diese Veränderung eingeplant sei.
. sagt, dass es ein Haltestellenkataster von den Stadtwerken gebe. Thema darin sei ebenfalls die Barrierefreiheit, weshalb sich die AG „Barrierefreie Stadt“ und der Seniorenbeirat damit derzeit beschäftigen.
Dieses Haltestellenkataster liege jedoch nirgends vor. Auch auf mehrfachen Nachfragen habe die zuständige Stelle und auch die AG kein Exemplar erhalten.
. möchte dieses Haltestellenkataster ausgehändigt haben.
. hat im Ratsinformationssystem des Kreistages eine Vorlage gefunden, in der der öffentlich-rechtliche Vertrag zur Übertragung von Aufgaben eines Aufgabenträgers gekündigt werden solle. Und hier gehe es um das Busunternehmen der Stadt

Greifswald. Es sehe so aus, als ob der Kreis versuche, diese Aufgabe an sich zu ziehen.

. sieht dies als großes Problem. Wenn es so sei, sei schnelles Handeln erforderlich.

Frau Socher

. antwortet darauf, dass der Kreis den Vertrag kündige, da die Stadt sich angeblich nicht ausreichend gekümmert habe.

Frau von Busse

. sagt, dass sie die Anfrage zur Anklamer Straße nicht sicher beantworten könne und sie mitnehmen werde.

Herr Wilde

. stellt klar, dass die Universitäts- und Hansestadt Greifswald noch kein Haltestellenkataster habe.

Der Landkreis habe die Aufgabe, ein Haltestellenkataster aufzubauen. Aus verkehrsplanerischer Sicht sei es sinnvoll, dass die Universitäts- und Hansestadt Greifswald für ihr Stadtgebiet selbst ein Haltestellenkataster aufbaue. Gleichzeitig habe der Verkehrsbetrieb der Stadt Greifswald eine Softwareumstellung durchgeführt. In dem Zuge seien die Haltestellen, deren geographische Daten und deren Kriterien aufgenommen worden. Es sei sozusagen ein betriebsinternes Kataster erstellt worden. Da die Stadtverwaltung einen guten und regelmäßigen Kontakt zum Verkehrsbetrieb pflege, stelle dieser die Erarbeitung dem Auftraggeber zur Verfügung. Dieses betriebsinterne Kataster sei jedoch noch nicht soweit qualifiziert, dass es sich um ein stadtweites Haltestellenkataster handle. Dieses müsse viele Kriterien erfüllen. Die Überarbeitung stehe noch aus. Wann dies erfolge, hänge von vielerlei Faktoren ab. Ein wesentlicher sei hierbei die noch nicht besetzte Stelle der Verkehrsplanung innerhalb der Stadtverwaltung.

Der Oberbürgermeister

. sagt zur Vorlage im Kreis, dass es seit anderthalb Jahren Gespräche mit dem Landkreis zur Neugestaltung des Vertrages über die Rücknahme des ÖPNV gebe. In diesem Vertrag sei festgehalten, dass der Landkreis Vorpommern-Greifswald der Universitäts- und Hansestadt Greifswald jährlich 400 TEUR zur Erfüllung der Aufgabe zur Verfügung stellen solle. Der Kreis habe vor längerer Zeit mitgeteilt, dass 400 TEUR zu viel seien. Es gebe diesbezüglich angeblich politischen Druck aus den Kreistagsfraktionen. Die Stadtverwaltung sei in die Verhandlungen eingetreten und hätte auch ein Angebot gemacht, welches eine deutliche Abschmelzung vorsehe. Das Angebot wäre der Bürgerschaft vorher noch zur Entscheidung vorgelegt worden, wenn es zu Vertragsverhandlungen gekommen wäre. Die Stadtverwaltung habe jedoch ebenfalls angeregt, weitere Punkte im Vertrag zu ändern und darauf habe der Kreis gesagt, dass es keine Verhandlungen über den Vertrag gebe, sondern nur die Abschmelzung vorgenommen werden solle. Während dieser Verhandlungen sei die Debatte über das Finanzausgleichsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (FAG M-V) aufgekommen. Über das FAG M-V gebe es zusätzliche Zuschüsse für den ÖPNV. In der Debatte habe sich herausgestellt, dass die direkten Zuschüsse aufgelöst und direkt in die Schlüsselzuweisung eingepreist werden sollen. Daher wolle die Stadtverwaltung abwarten, um zu sehen, wie die Finanzströme nach dem FAG-Beschluss aussähen.

Dies sei der Stand aus September 2017.

Daher sei die Vorlage nun umso überraschender.

Heute sei ein Brief an den Landkreis formuliert worden, in dem gesagt werde, dass das Angebot der Abschmelzung des Zuschusses aufrecht gehalten werde, jedoch auch noch einmal über den Vertrag verhandelt werden solle.

. hofft, dass der Kreistag die Vorlage zurückziehe bzw. die Vorlage keine Mehrheit finde.

Für den Landkreis sei es zudem ein sehr teures Geschäft, da er die

Verkehrsbetriebe Greifswald von der Universitäts- und Hansestadt Greifswald abkaufen und den Verkehrsbetrieb im jetzigen Standard bis 2020/2025 aufrecht erhalten müsste.

Der Kreis habe jedoch eine andere Rechtsauffassung.

Herr von Malottki

. fragt, ob es bei Vertragskündigung bedeute, dass der Kreis davon ausgehe, dass er das Angebot vom ÖPNV einschränken oder sogar streichen könnte.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass das Kreis davon ausgeht, dass er das könne.

Herr Dr. Kerath

. hatte in der letzten Sitzung der Bürgerschaft angeregt, einen Kita-Gipfel ins Leben zu rufen.

. bat darum, dass der Oberbürgermeister sich mit dem Eigenbetrieb und sämtlichen freien Trägern zusammensetze, um eine Lösung zu finden.

. fragt, ob der Oberbürgermeister bereits Gelegenheit dazu hatte, etwas zu unternehmen oder in alsbaldiger Zukunft etwas unternehmen werde.

Der Oberbürgermeister

. pflichtet Herrn Dr. Kerath bei, dass die Kindertagesstätten ausgelastet seien und dass dies kein guter Zustand sei. Da sich die Stadtverwaltung dem Problem bewusst sei, sei bereits vor geraumer Zeit ein kleiner Kita-Gipfel einberufen worden. Es habe eine Beratung mit Herrn Scheer, einem weiteren Mitarbeiter der Verwaltung des Landkreises und Herrn Lerm gegeben. Man habe sich erst einmal einen Überblick verschafft und die derzeitige Situation analysiert. Nach Aussage des Kreises sei die Situation schwierig, aber noch nicht zu kritisch. Jedoch bestehe Handlungsbedarf. Es seien einige Kindertagesstätten in Planung – z. B. erweitere „Institut Lernen und Leben e. V.“ seine Kapazitäten; der Eigenbetrieb „Hanse-Kinder“ vergrößere sich nun auch hinsichtlich der Insel Riems und es sei ebenfalls geplant den Kindergarten „Lütt Matten“ zu vergrößern.

. wundert sich, dass nicht mehr freie Träger in die Universitäts- und Hansestadt Greifswald kämen und einen Kindergarten eröffneten.

Der Eigenbetrieb sei derzeit mit Sanierungen und Neubauten sehr belastet.

. sieht darin eine Möglichkeit, noch einmal mit dem Landkreis in einer größeren Runde zu sprechen und möglicherweise auch die freien Träger einzuladen, damit sie auch bei sich prüfen, wo es noch Kapazitäten gebe.

Herr Al Najjar

. sagt, dass am 27.10.2017 in der Zeitung über einen Herren berichtet worden sei, der anregt habe, in mehr Einkaufszentren verleihbare Rollstühle zur Verfügung zu stellen.

. berichtet diesbezüglich von einem persönlichen Erlebnis.

. schlägt vor, im technischen Rathaus ein paar ausleihbare Rollstühle zur Verfügung zu stellen.

Herr Multhauf

. hat den Eindruck, dass die Stadtwerke auf die Situation in der Anklamer Straße sehr schnell und gut reagiert habe und bedankt sich dafür.

. geht auf einen Zeitungsartikel bezüglich der zukünftig sinkenden Strompreise ein. Dort sei die Rede davon, dass in ländlichen Regionen und in Grimmen die Strompreise fallen würden, sie in Greifswald jedoch voraussichtlich konstant blieben.

. bittet den Oberbürgermeister, diesbezüglich einzugreifen.

. greift das Thema OTV-Budget auf.

. befürwortet grundsätzlich das Anliegen.

- . hat die Antragsteller gebeten, ihm mitzuteilen, wenn sie das Geld erhalten haben. Bisher sei bei niemandem etwas eingegangen.
- . bittet den Oberbürgermeister, die Vorgehensweisen so unbürokratisch und schnell wie möglich zu gestalten.
- . ist der Meinung, dass Anträge bis zu 500 EUR innerhalb von zwei Wochen bearbeitet werden müssten.

Der Oberbürgermeister

- . antwortet, dass die Strompreise ein sehr komplexes Thema sei, da es mit Netzentgelten und mit Durchleitungsgenehmigungen zusammenhänge. Die Zuständigkeiten auf dem Land seien ganz andere als hier in der Stadt. Auf dem Land zahle man derzeit mehr als in der Stadt. Diese Vorgehensweise liege auch nicht allein in den Verfügungsmöglichkeiten der Stadtwerke, da sie von vielen externen Faktoren abhängig seien. Am Ende empfehle der Aufsichtsrat die Strompreise und normalerweise übernehme der Gesellschafter auch die Empfehlungen des Aufsichtsrates.
 - . habe zum Thema OTV-Budget bereits in der Sitzung des Hauptausschusses ausführlich Stellung genommen.
 - . ist verärgert darüber, wenn die Personen darüber sauer seien, dass nach zwei Wochen noch kein Geld eingegangen sei. Es handele sich hierbei um ein neu eingeführtes Instrument, was neue Möglichkeiten eröffne. Man müsse jedoch bedenken, dass die Stadtverwaltung dies als zusätzliche Aufgabe übernommen habe. Erst einmal müsse ein Regelwerk geschaffen werden. Es gehe hierbei um öffentliche Gelder, deren Vergabe am Ende durch den Landesrechnungshof geprüft werde.
 - . versteht nicht, dass ein Verein unzufrieden sei, wenn er nicht nach zwei Wochen eine Antwort erhalte. Er habe nun die Möglichkeit Geld zu erhalten, die er vorher nicht gehabt habe.
- Es werde daran gearbeitet, dass die Umsetzung möglichst einfach erfolge. Aber die Verwaltung sei an ein bestimmtes Regelwerk gebunden.
- Außerdem kämen durch die Anträge Fragen auf, die im Vorfeld nicht sichtbar gewesen seien.
- Diese Fragen müssten geklärt werden und da könne es schon mal zu einigen Wochen Bearbeitungszeit – neben der normalen alltäglichen Arbeit – kommen. Die Bearbeitung werde in Zukunft womöglich auch schneller erfolgen, da sich die Verfahren einspielen.
- . hat kein Verständnis dafür, dass die Verwaltung deswegen angegriffen werde, anstatt sich über das zusätzliche Geld zu freuen.

Herr Liedtke

- . wirbt dafür, dass die Kreistagsmitglieder, die ebenfalls in der Greifswalder Bürgerschaft Mitglied sind, sich für den ÖPNV und damit auch für die Stadtwerke einsetzen.

Herr Dr. Rose

- . berichtet, dass es in der Anklamer Straße einen Fahrradstreifen gebe, der dann aber auf den Bürgersteig schwenke. Der Bürgersteig sei jedoch ziemlich schmal.
- . fragt, ob es möglich sei, im Rahmen der jetzt notwendigen Neumarkierung der Anklamer Straße, diesen Umstand zu verbessern.

Frau von Busse

- . nimmt diese Anregung auf.

Herr Hochschild, Herr Prof. Dr. Treig, Herr Liskow, Herr Dr. Ott und Herr Burmeister haben die Sitzung der Bürgerschaft verlassen.

TOP 9. Mitteilungen der Präsidentin

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. sagt, dass alle Mitteilungen im Protokoll des erweiterten Präsidiums zu finden seien.

TOP 10. Schluss der Sitzung

Die Präsidentin der Bürgerschaft beendet den öffentlichen Teil der Sitzung der Bürgerschaft um 21:53 Uhr.

für das Protokoll

Birgit Socher
Präsidentin

Sarah Wiesenberg
Sachbearbeiterin
Sitzungsdienst
Bürgerschaft

Anlagen:

- Informationen über Hauptausschussbeschlüsse